

die Eingaben:

65. P 941a/50 Rat der Stadt Elbingerode — Wildschweinplage —

Der Regierung als Material zu überweisen.

Berlin, den 25. September 1950.

gez.: G ä b l e r  
Vorsitzende

*Behandelt: 27. September 1950 (21. Sitzung)  
Beschluß: bestätigt*

### Drucksache Nr.148

#### **Antrag**

zum mündlichen Bericht des Volksbildungsausschusses über die Beratung der Drucksache Nr. 143 — Gesetz zur Änderung gesetzlicher Bestimmungen über die Verleihung von Preisen, Titeln und Ehrenbezeichnungen. —

Die Provisorische Volkskammer wolle beschließen:

Das

#### **Gesetz**

zur Änderung gesetzlicher Bestimmungen über die

#### **Verleihung**

von Preisen, Titeln und Ehrenbezeichnungen

in der Fassung der Drucksache Nr. 143 anzunehmen.

Berichterstatter: Abgeordneter Leonhard Helmschrott

Berlin, den 26. September 1950

gez.: G y s i  
Vorsitzender des  
Volksbildungsausschusses

*Behandelt: 27. September 1950 (21. Sitzung)  
Beschluß: angenommen in Verbindung mit Drucksache Nr. 143*

### Drucksache Nr. 149

#### **Zusatzantrag**

zur Drucksache Nr. 144

zum mündlichen Bericht des Ausschusses für Arbeit und Gesundheitswesen, des Haushalts- und Finanzausschusses und des Rechtsausschusses über die Beratung der Drucksache Nr. 142 — Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau. —

Die Provisorische Volkskammer wolle beschließen:

Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau wird in der Fassung der Drucksache Nr. 144 unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen angenommen:

In § 23 ist Ziff. 3) zu streichen und dafür zu setzen:

„3. beim Einsatz von Frauen für Überstunden und Nacharbeit deren Verpflichtungen als Mutter von kleinen Kindern weitgehendst zu berücksichtigen.

In § 23 ist Ziff. 4) zu streichen und dafür zu setzen:

„4. sanitäre, hygienische und soziale Einrichtungen für die arbeitenden Frauen zu schaffen.“

Berichterstatter: Abgeordneter Starck

Berlin, den 27. September 1950

gez.: Benjamin  
Stellv. Vorsitzende des  
Rechtsausschusses

gez.: A. Starck  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Arbeit und Gesundheitswesen

gez.: E. Lohagen  
Stellv. Vorsitzender des Haushalts-  
u. Finanzausschusses

*Behandelt: 27. September 1950 (21. Sitzung)  
Beschluß: angenommen in Verbindung mit Drucksache Nr. 142 und Nr. 144*

### Drucksache Nr. 149 a

#### **Zusatzantrag**

des Berichterstatters Abgeordneten Starck zur Drucksache Nr. 149 über das Gesetz

über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau

In § 23, Ziffer 3 ist das Wort „weitgehendst“ zu streichen und dafür das Wort „weitestgehend“ zu setzen.

Berlin, den 27. September 1950.

gez.: A. Starck  
Berichterstatter

gez.: A. Starck  
Vorsitzender  
des Ausschusses für  
Arbeit  
und Gesundheitswesen

gez.: Benjamin  
Stellv. Vorsitzende des  
Rechtsausschusses

gez.: Maisel  
für den Haushalts- und  
Finanzausschuß

*Behandelt: 21. Sitzung (27. September 1950)  
Beschluß: angenommen in Verbindung mit Drucksache Nr. 149*

### Drucksache Nr. 150

#### **Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen**

der Provisorischen Volkskammer zur Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kriegstreiberischen Beschlüsse der New Yorker Konferenz der Außenminister der Westmächte und über die friedensichernden neuen Abkommen mit der Volksrepublik Rumänien und der bulgarischen Volksrepublik.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nimmt mit Empörung von dem neuen, gegen das ganze deutsche Volk gerichteten verbrecherischen Akt Kenntnis, den die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich durch die Beschlüsse ihrer Außenminister in New York vollzogen haben. Sie billigt die Haltung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem erneuten Anschlag der Westmächte, sowie den Beschluß, die Regierungen der Staaten, zu denen die Deutsche Demokratische Republik diplomatische Beziehungen unterhält, von der Auffassung der Regierung in Kenntnis zu setzen.

Während die Regierung der UdSSR und ihre Besatzungsorgane in konsequenter Einhaltung des Prinzips der Vertragstreue alle über Deutschland getroffenen Abmachungen gewissenhaft erfüllt haben und das deutsche Volk in seinem Bemühen unterstützten, in einem einheitlichen Deutschland den Weg der Demokratie und des Friedens zu beschreiten, haben die imperialistischen Westmächte unter Mißachtung des Völkerrechts und Bruch des Potsdamer Abkommens fortgesetzt die Politik der endgültigen Zerreißung Deutschlands betrieben. Mit Hilfe deutscher Landesverräter und Quislinge wie Heuß, Adenauer, Kaiser, Schumacher, Ollenhauer, haben sie ihr halbkoloniales System der nationalen Unterdrückung und Ausbeutung über Westdeutschland errichtet.

Besatzungsstatut und Ruhrdiktat statt Friedensvertrag, Aufstellung von Söldnertruppen und Freilassung der Kriegsverbrecher statt Entmilitarisierung, Neofaschismus und brutale Unterdrückung der Friedenskräfte statt Demokratisierung, Rüstungsproduktion statt Aufbau der Friedenswirtschaft, das ist die Politik, mit der die Westmächte das deutsche Volk den Weg des Verderbens führen wollen.